



Presseschau vom 20.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Seyed Alireza Mousavi: Erdoğan droht mit neuer Militärkampagne in Syrien: Wie wird Russland reagieren?

Die Türkei droht mit einer Militäroffensive gegen die YPG-Milizen in der Stadt Tall Rifaat, nachdem die YPG mutmaßlich zwei türkische Spezialpolizisten getötet hatte. Die Tall Rifaat-Karte zu ziehen, scheint für den türkischen Regierungschef nun ein Mittel zu sein, um den Status quo in Idlib zu bewahren. ...

<https://kurz.rt.com/2p52>

de.rt.com: Nach Aufruf zur Friedensstiftung: Ukrainisches Portal Mirotworez setzt 12-Jährige auf Abschussliste

Der ukrainische Internetpranger Mirotworez hat eine 12-Jährige aus Lugansk in seine Datenbank aufgenommen. Das Mädchen richtete einen Aufruf zur Friedensstiftung im Südosten der Ukraine an die UN. Die Kinder des Donbass müssten bereits seit einigen Jahren unter Bedingungen des Krieges leben, beklagte es. ...

<https://kurz.rt.com/2p0g>

Dagmar Henn: Auf keinen Fall höhere Löhne: Die Ampel und die Rente

Was bringt die Ampel? Das Sondierungspapier liefert erste Anzeichen dafür, und die sind nicht erfreulich. Als Beispiel hier die Vorschläge, die die Rente betreffen. Dass nicht weiter

gekürzt wird, ist schon der Gipfel der rot-grün-gelben Gnade. Die weiteren Ideen sind verheerend. ...

<https://kurz.rt.com/2p5q>

Susan Bonath: Volle Kinder-Intensivstationen: Corona ist nicht der Grund

Die Kinder- und Jugend-Intensivstationen in Deutschland sind derzeit so voll wie seit Beginn der Datenerfassung im November 2020 nicht. Ab Anfang September wurden zeitweise bis zu 22 Prozent mehr minderjährige Patienten behandelt als vor einem Jahr. An Corona liegt das nicht – und über mögliche Impffolgen will niemand reden. ...

<https://kurz.rt.com/2p5r>

Madeleine Schmich: Studie zeigt Vorteil von Impfstoffen mit menschlichen Adenoviren – weiterer Anschub für „Sputnik V“?

Bei einer von US-Forschern durchgeführten komparativen Untersuchung haben sich auf dem menschlichen Adenovirus basierende Corona-Impfstoffe effizienter erwiesen als ihre mRNA-Pendants. Ähnliche Schlussfolgerungen gehen aus einer argentinischen Analyse von Langzeitdaten hervor. ...

<https://snanews.de/20211020/vorteile-adenoviraler-impfstoffe-4032534.html>

Seyed Alireza Mousavi: Springer forciert Monopolisierung der Medien in USA – "Bild"-Skandal als Ablenkungsmanöver

Nach der Übernahme des US-Nachrichtenportals "Politico" verkündete der Chef des Axel Springer Verlags, die Neuerwerbung müsse sich journalistisch entsprechend den Springer-Standards in Deutschland verhalten. Dies bedeutet nichts anderes als eine Monopolisierung der Medienlandschaft über den Atlantik hinweg. In den deutschen Medien läuft derweil ein Ablenkungsmanöver. Sie versuchen aus dem "Bild"-Skandal eine #metoo-Geschichte zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/2p64>

abends/nachts:

de.rt.com: Chinas Energiekrise trifft die Weltwirtschaft

Steigende Kohlepreise und damit einhergehende Stromengpässe in China haben das Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt im dritten Quartal gebremst. Die Lage droht nun im vierten Quartal auf die globalen Lieferketten überzugreifen.

Vergangene Woche schlossen die Kohle futures in China auf einem Rekordhoch, nachdem sechzig Kohleminen in der wichtigsten kohleproduzierenden Region des Landes aufgrund von heftigen Regenfällen, Überschwemmungen und Erdbeben geschlossen werden mussten. Dies verschärfte die Energieversorgungskrise im Land weiter.

Unterdessen trieb das ungewöhnlich kalte Wetter in Teilen Chinas die Kohlepreise auf neue Höchststände, während die Stromnachfrage sprunghaft anstieg. Die steigende Stromnachfrage bei kühlerem Wetter und die Erholung der Industrieproduktion von der Pandemie haben zu einer Verknappung der Kohle im Land geführt. Seit letztem Monat wird die Stromversorgung in mindestens 17 Regionen des chinesischen Festlands rationiert.

Im bisherigen Jahresverlauf ist der Preis für die am meisten gehandelten chinesischen Kohle futures nach Schätzungen von Reuters um über 200 Prozent gestiegen. Als die Temperaturen über das Wochenende weiter fielen, erreichten die Kohlepreise in China am Montag einen neuen Rekord.

Stromausfälle und die gedämpften Immobilieninvestitionen nach dem Evergrande-Debakel führten dazu, dass das Wirtschaftswachstum in China im dritten Quartal schwächer ausfiel als prognostiziert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im dritten Quartal um 4,9 Prozent im

Vergleich zum Vorjahresquartal und lag damit unter einem von Reuters-Analysten geschätzten Wachstum von 5,2 Prozent.

Die Verlangsamung des chinesischen Wirtschaftswachstums und die Stromausfälle in den Fabriken bergen die Gefahr, dass die globalen Lieferketten, die bereits durch einen massenhaften Mangel an Halbleitern und Verzögerungen bei der Lieferung verschiedener Vorprodukte belastet sind, weiter ins Wanken geraten. So verkündete der niederländische Mischkonzern Philips am Montag, dass seine Umsätze im dritten Quartal "durch verstärkte globale Lieferkettenprobleme wie beispielsweise die Verknappung elektronischer Komponenten ungünstig beeinflusst wurden". Der Chef des Unternehmens Frans van Houten erklärte:

"Die Volatilität der Lieferketten hat sich weltweit verschärft, was bereits im dritten Quartal zu längeren Vorlaufzeiten geführt hat, um unseren hohen Auftragsbestand in Umsätze zu verwandeln. Wir erwarten, dass dieser Gegenwind auch im vierten Quartal anhalten wird."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e9ba4b480cc05421dc314.JPG>

mid.ru: **Kommentar der offiziellen Vertreterin des Außenministeriums Russlands M.W. Sacharowa im Zusammenhang mit der Festnahme des Beobachters der Vertretung der LVR im GZKK Andrej Kosjak**

Am 13. Oktober haben ukrainische Soldaten an der Kontaktlinie im Donbass den Vertreter von Lugansk im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination (GZKK) A.W. Kosjak festgenommen. Die Festnahme erfolgte trotz Sicherheitsgarantien, die Kiew den Mitgliedern des GZKK gewährt.

Später hat die ukrainische Seite in den Medien mitgeteilt, dass A.W. Kosjak die russische Staatsbürgerschaft hat. Dennoch gab es keinerlei Mitteilungen über das Geschehens an russische diplomatische und konsularische Einrichtungen, obwohl die russisch-ukrainische Konsulatskonvention vorsieht, dass dies unverzüglich, nicht später als drei Tage nach der Festnahme, erfolgt.

Die Botschaft Russlands in Kiew und das Generalkonsulat in Charkow haben sich an das Außenministerium der Ukraine und örtliche Behörden mit den Forderungen gewandt, die Situation aufzuklären, über den Aufenthaltsort des Festgenommenen zu informieren und konsularischen Zugang zu ihm zu gewährleisten, der entsprechen der Konsulatskonvention spätestens vier Tage nach der Festnahme erfolgen muss. Es sind bereits sechs Tage vergangen, aber es hat seine Verpflichtungen gemäß der Konsulatskonvention nicht erfüllt.

Am 19. Oktober hat Lugansk zur Behandlung des Vorfalls an der Kontaktlinie die Einberufung einer außerplanmäßigen Sitzung der Untergruppe zur Sicherheit der Kontaktgruppe initiiert. Leider wurde dies von der ukrainischen Seite sabotiert, die sich im letzten Moment ohne Angabe von Gründen weigerte, an der Sitzung teilzunehmen.

Wir bewerten die Handlungen der ukrainischen Seite als wortbrüchig und provokativ. Sie

untergräbt den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass und widerspricht den Verpflichtungen der Ukraine bezüglich der bilateralen Konsulatskonvention mit Russland. Vor diesem Hintergrund klingen die Erklärungen der Kiewer Vertreter über eine Unterstützung des Friedensprozesses und Aufrufe zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen mit anderen Staaten verlogen und heuchlerisch. Derjenige, der seinen Verpflichtungen nicht erfüllt, verliert das moralische Recht deren Umsetzung von anderen zu fordern.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, ihre Position zu überdenken, die Provokationen an der Kontaktlinie im Donbass zu beenden, den Aufenthaltsort des Bürger Russlands A.W. Kosjka mitzuteilen und russischen Konsulatsmitarbeitern den Zugang zu ihm zu gewährleisten. Wir werden weiter eine Einhaltung der gesetzlichen Rechte eines russischen Bürgers einfordern. Wir erwarten außerdem eine prinzipielle Bewertung des erfolgten Vorfalles von Seiten der OSZE. Wir rechnen damit, dass deren besondere Beobachtermission in der Ukraine ein aktiveres, verantwortlicheres und unparteiischeres Herangehen zeigen wird, sorgfältig die Situation an der Kontaktlinie im Donbass verfolgen und diese zuverlässig in ihren Berichten zum Ausdruck bringen wird, um so den Prozess der Regelung zu befördern.

Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 19. Oktober 2021

Das Kommando der ukrainischen Kämpfer verletzt weiter grob die Minsker Vereinbarungen, indem es zielgerichtet Wohngebiete von Ortschaften der Republik und Objekte der zivilen Infrastruktur beschießen lässt.

So haben Kämpfer der 57. Brigade in **Richtung Slawjanoserbsk** auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk aus Richtung Lopaskino zielgerichtet mit Antipanzerlenkraketen **ein Rohr des Heizwerks in der Uliza Dekalowa beschossen** sowie **Mobilfunkausrüstung von „Lugakom“ in Slawjanoserbsk**.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer von den Positionen in Krjakowka neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Snamenka** abgefeuert, dabei wurden die Fassaden und die Fensterverglasung von zwei Wohnhäuser in der Uliza Shukowa beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung der Republik werden noch ermittelt.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern und den Rechtsschutzorganisationen nachdrücklich, eine Einschätzung der verbrecherischen Handlungen der Kiewer Kämpfer abzugeben, die eine Verschärfung der Lage im Donbass provozieren.

snanews.de: Aktive Phase von Nato-Übung zu atomarer Abschreckung beginnt

Das nordatlantische Bündnis Nato hat die aktive Phase seiner Übung zur atomaren Abschreckung begonnen, wie die Allianz auf ihrer Homepage mitteilt.

An dem Manöver unter der Codebezeichnung Steadfast Noon (dt.: Standhafter Mittag) nehmen Dutzende Flugzeuge aus 14 Nato-Ländern teil. Geübt werde die Verteidigung der europäischen Nato-Verbündeten. Die einwöchige Übung, die am vergangenen Montag begonnen hat, findet über Südeuropa statt.

"Routinemäßige Übung"

Den Angaben zufolge ist Steadfast Noon eine routinemäßige, wiederkehrende Übung, die nicht an aktuelle Weltereignisse gebunden ist. Das Manöver wird alle zwölf Monate abwechselnd von einem Nato-Staat veranstaltet.

Es gehe um Trainingsflüge mit Dual-Use-Kampffjets sowie konventionellen Jets, unterstützt durch Überwachungs- und Betankungsflugzeuge. Scharfe Waffen kommen nicht zum Einsatz. Die Übung soll dazu beitragen, dass die nukleare Abschreckung der Allianz sicher und wirksam bleibt, hieß es im Bericht. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/13/4022534_0:94:3309:1955_1920x0_80_0_0_44103924bd446c4e041afcd6c1317525.jpg

de.rt.com: **Lawrow: NATO begräbt Idee von Konsultationen mit Russland**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat erklärt, die NATO habe die Idee von Konsultationen mit Russland begraben. Er sagte, es sei Sache der NATO, den ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau zu gehen.

Die NATO hat die Idee von Konsultationen mit Russland begraben. Es sind die Vertreter der NATO, die den ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau machen müssen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Der Minister sagte: "Wir gehen davon aus, weil wir nie begonnen haben, unsere Beziehungen zur NATO oder zur EU zu verschlechtern."

Lawrow wies darauf hin, dass es die Vertreter der NATO waren, die die wichtigste Regel begraben haben, die der Schaffung des NATO-Russland-Rates zugrunde liegt, nämlich die Notwendigkeit, in Krisensituationen dringend Konsultationen durchzuführen. Er erklärte, dass selbst der Informationsaustausch mit der Zentrale der Organisation seit Langem nicht mehr stattfindet.

Lawrow betonte zudem, dass die Aussetzung der NATO-Mission in Moskau eine erzwungene Reaktion auf die Reduzierung der russischen Vertretung in der NATO sei, die bereits dreimal stattgefunden habe. Der Minister fügte hinzu, dass das Vorgehen des Bündnisses jeglicher Logik entbehre. Er bezeichnete die Reaktion der NATO auf die Vergeltungsmaßnahmen Russlands als einen Mangel an diplomatischer Kultur. Lawrow führte aus:

"Ich denke, in solchen Äußerungen und Einschätzungen westlicher Vertreter steckt einerseits die Einsicht, dass sie ihre Positionen verlieren, und andererseits der Wunsch, die Schuld auf andere zu schieben, sowie ein Mangel an diplomatischer Kultur."

Der russische Außenminister erinnerte daran, dass Russland vor zwei Jahren vorgeschlagen hatte, sich darauf zu einigen, die Militärübungen von der Kontaktlinie zu verlegen und Mindestabstände zu vereinbaren, die von keinem Flugzeug und keinem Kriegsschiff verletzt werden sollten. Alle russischen Vorschläge seien jedoch ignoriert worden.

Am 6. Oktober hatte die NATO bekannt gegeben, dass sie die Zahl der russischen Mitarbeiter in ihrem Hauptquartier in Brüssel auf zehn halbiert. Das Bündnis begründete die Entscheidung mit vermeintlich böartigen Aktivitäten Russlands und der angeblich nachrichtendienstlichen Arbeit der russischen Mission.

Am 18. Oktober kündigte Lawrow Vergeltungsmaßnahmen Moskaus an, zu denen die Aussetzung der ständigen Mission Russlands bei der NATO, die Aussetzung der militärischen Verbindungsmission der NATO in Moskau und die Schließung des NATO-Informationsbüros in der russischen Hauptstadt gehören. Das russische Außenministerium stellte klar, dass es mit der NATO über den Botschafter in Belgien kommunizieren werde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616ee186b480cc46a005063c.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Pentagon-Chef in Kiew: Russland ist schuld am Ostukraine-Konflikt und behindert Friedensprozess

Pentagon-Chef Lloyd Austin war zum Treffen mit dem ukrainischen Verteidigungsminister in Kiew angekommen. Während des Briefings nach den Gesprächen hat Austin Russland den Stolperstein auf dem Weg zum Frieden in der Ostukraine genannt und eine Unterstützung für Kiew versprochen.

Während des gemeinsamen Briefings nach den Gesprächen mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Andrei Taran in Kiew hat Pentagon-Chef Lloyd Austin Russland für den Beginn des Konflikts in der Ostukraine verantwortlich gemacht:

"Sagen wir klar, dass Russland diesen Krieg begonnen hat, und Russland ist der Stolperstein, der eine friedliche Lösung behindert. Es hat die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt."

In diesem Zusammenhang versprach Austin der Ukraine im Namen des US-Präsidenten Joe Biden Unterstützung durch die USA. Washington werde Kiew helfen, seine militärischen Kapazitäten zu entwickeln. Zudem rief der US-Verteidigungsminister Russland dazu auf, den Krieg in der Ostukraine zu beenden:

"Wir verurteilen die Besetzung der Krim und fordern Russland auf, den Krieg im Osten zu beenden, die Destabilisierung im Schwarzen Meer und entlang der Grenze zur Ukraine zu stoppen und mit den Cyberangriffen auf die USA und unsere Verbündeten und Partner Schluss zu machen."

chließlich teilte der Pentagon-Chef mit, dass die USA den Streitkräften der Ukraine seit dem Jahr 2014 mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar bereitgestellt hatten. Der ukrainische Verteidigungsminister äußerte seinerseits die Hoffnung, dass die USA Russland davon abhalten werden, den bewaffneten Konflikt im Donbass zu einem vollständigen Krieg auszuweiten.

Der Ostukraine-Konflikt hatte im Jahr 2014 begonnen. Die selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk streben die Unabhängigkeit von Kiew an. Die Regierung in Kiew sieht den Konflikt als antiterroristische Operation und Kampf gegen Separatismus an und wirft Russland die militärische Unterstützung der Republiken vor. Moskau dementiert die Vorwürfe und erwidert, russische Streitkräfte sind am Konflikt nicht beteiligt. Außerdem besteht Russland darauf, Kiew soll die Beilegung des Konflikts gemäß der Minsk-Abkommen direkt mit den Republiken verhandeln.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616ec219b480cc06363d11f1.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Oktober 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Slawjanoserbsk wurde mit Antipanzerlenkraketen beschossen (1 Schuss). Dabei wurden zivile Infrastruktur und Telefonausrüstung von „Lugakom“ beschädigt.

Snamenka wurde mit 120mm-Mörsern beschossen (9 Geschosse). Dabei wurden Wohnhäuser in Snamenka beschädigt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und weitere Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Syrien: Tote und Verletzte nach mutmaßlichem Terroranschlag auf Bus in Damaskus**

In der syrischen Hauptstadt ist es zu einem mutmaßlichen Terroranschlag gekommen. Bei einer Busexplosion sind Berichten zufolge mindestens 13 Menschen getötet worden. Der Anschlag soll Soldaten gegolten haben.

Mindestens 13 Menschen sind bei einem mutmaßlichen Terroranschlag auf einen Bus in Damaskus ums Leben gekommen. Das Fahrzeug war auf einer Brücke explodiert. Wie staatliche Medien berichteten, sind zwei Sprengsätze gezündet worden.

Ersten Berichten der syrischen Agentur SANA zufolge wurden bei den Explosionen mindestens drei weitere Menschen verletzt. In dem Fahrzeug befanden sich syrische Militäranghörige, die vermutlich das Ziel des Anschlags waren.

Der mutmaßliche Terroranschlag ereignete sich am frühen Mittwochmorgen auf der Hafez al-Assad-Brücke im Zentrum von Damaskus. Ein dritter Sprengsatz sei Berichten zufolge von Bombenexperten entschärft worden.

Im Internet sind Aufnahmen aufgetaucht, die zeigen sollen, wie Feuerwehrleute das brennende Wrack des Busses löschten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616fb2a3b480cc17e578451b.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 19. Oktober 3:00 Uhr bis 20. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften:

Pantelejmonowka, Spartak, Wesjoloje.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Durch Beschuss von Seiten der BFU wurde ein **Schaden an einer Niedrigdruckgasleitung in Werchnetorezkoje** in der Uliza Krasnaja zwischen den Hausnummern 76 und 76a festgestellt, 10 Verbraucher haben kein Gas.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 39.

de.rt.com: Verbotene Inhalte nicht gelöscht: Moskau bereitet hohe Geldstrafen für Google vor

Google hat bis heute keine Bußgelder bezahlt, die Moskau dem Konzern Anfang des Jahres auferlegt hatte. Nun will Russlands Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor gegen den IT-Dienstleister vorgehen und eine noch höhere Strafe verhängen.

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat angekündigt, dass sie noch in dieser Woche gegen den US-Tech-Konzern Google ein Bußgeld verhängen wird. Das IT-Unternehmen versäumte es wiederholt, in Russland verbotene Inhalte zu entfernen. Das Bußgeld werde sich auf 5 bis 20 Prozent des Umsatzes von Google in Russland belaufen. Zudem wies die Aufsichtsbehörde darauf hin, dass Google es versäumt hatte, 32,5 Millionen Rubel (rund 458.000 US-Dollar) an Strafen zu zahlen, die zu Beginn dieses Jahres verhängt worden waren. Das zweite Bußgeld könnte sich auf bis zu 240 Millionen US-Dollar belaufen, was eine deutliche Erhöhung gegenüber der vorherigen Strafe darstellt.

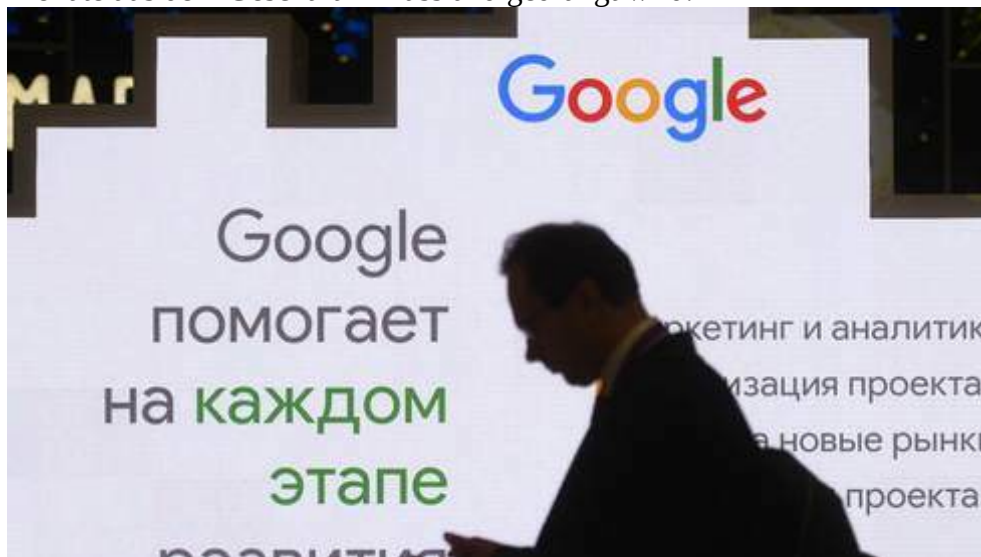
Anfang dieses Monats kündigte Roskomnadsor Pläne an, ein Gericht zu ersuchen, eine Umsatzstrafe gegen das Social-Media-Unternehmen Facebook zu verhängen. Hierbei beruft

sich die Behörde auf ein vom russischen Präsidenten Wladimir Putin im Dezember 2020 unterzeichnetes Gesetz. Facebook wird beschuldigt, Inhalte zuzulassen, die Drogenkonsum, Kinderpornografie und Extremismus verherrlichen.

"Ein ähnlicher Fall wird im Oktober gegen Google vorbereitet", teilte die Regulierungsbehörde in einer E-Mail an Reuters mit und erinnerte daran, dass das in Kalifornien ansässige Unternehmen auch Eigentümer der Video-Hosting-Website YouTube ist.

Im vergangenen Jahr belief sich der Umsatz von Google in Russland auf 85,5 Milliarden Rubel (1,2 Milliarden US-Dollar), wie aus der von den Medien zitierten Wirtschaftsdatenbank SPARK hervorgeht. Eine Strafe von 5 bis 20 Prozent des Umsatzes in Russland würde demnach zwischen 4,3 und 17,1 Milliarden Rubel (60 bis 240 Millionen US-Dollar) ausmachen.

Google muss sich derzeit mit einem Gerichtsurteil auseinandersetzen, in dem das Unternehmen aufgefordert wird, das YouTube-Konto eines mit Sanktionen belegten russischen Geschäftsmannes freizugeben. Andernfalls würde sich die Geldstrafe des Unternehmens verdoppeln und möglicherweise dazu führen, dass Google innerhalb weniger Monate aus dem Geschäft in Russland gedrängt wird.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616fa8d648fbef06fb4b72be.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 20. Oktober um 9:00 Uhr 16.706 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 12.280 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 1960 Todesfälle.

de.rt.com: **"Die Welt ist größer als fünf Staaten": Erdoğan kritisiert Struktur des UN-Sicherheitsrates**

Während seiner Afrikareise hat sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in Bezug auf die Struktur des UN-Sicherheitsrates kritisch geäußert und das System als ungerecht bezeichnet. Das Schicksal der Menschheit solle nicht von fünf Mächten entschieden werden. In einer Rede an das Parlament der Republik Angola zum Auftakt seiner viertägigen Afrikareise hat der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan harsche Kritik an der aktuellen Struktur des UN-Sicherheitsrates geübt. Die Türkei lehne den "westorientierten orientalischen Ansatz" in den Beziehungen zu afrikanischen Staaten ab, so der Politiker. Erdoğan sagte: "Indem wir heute erklären, dass die Welt größer als fünf Staaten ist, widersetzen wir uns den Ungerechtigkeiten des globalen Systems. Wir glauben, dass das Schicksal der Menschheit

nicht von einer Handvoll Staaten, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, entschieden werden soll."

Erdoğan wies darauf hin, dass die Welt heute in fast allen Lebensbereichen Veränderungen erlebe. Daher sei nicht davon auszugehen, dass die globale Sicherheitsarchitektur gleich bleiben könne. Seiner Ansicht nach befinden sich auch Diplomatie, Handel und internationale Beziehungen aktuell im Umbruch. Deshalb sei es eine Ungerechtigkeit gegenüber den afrikanischen Staaten einschließlich Angola, Veränderungen zu ignorieren:

"Wir lehnen es ab, diesen Status quo in bilateralen Beziehungen zu akzeptieren, wenn eine Seite davon immer gewinnt und die andere verliert. Oder wenn immer eine Seite Produzent und die andere Konsument ist. Unser Ziel ist es, gemeinsam zu gewinnen, sich zu entwickeln, zu wachsen und voranzukommen."

Im September hatte der türkische Präsident angekündigt, sein Staat werde für eine Erweiterung von Rechten der nicht ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates kämpfen und es gebe schon eine Roadmap dafür.

Die UNO war im Jahr 1945 nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Konferenz von San Francisco gegründet worden. Aus der Charta folgt, dass das Ziel der Organisation in der Förderung von Zusammenarbeit zwischen Staaten sowie der Verhinderung von neuen globalen Konflikten ähnlich des Zweiten Weltkriegs besteht. Der Sicherheitsrat besteht aus 15 Mitgliedern der Organisation. Fünf Staaten – Russland, Großbritannien, die USA, China und Frankreich – haben den Status eines ständigen Mitglieds und verfügen über ein Vetorecht. Weitere zehn Staaten werden als nichtständige Mitglieder auf zwei Jahre gewählt.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.10/article/616eaac3b480cc050d237849.jpg>

Mzdnr.ru: Am 19. Oktober wurden in der DVR 1713 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 739 positiv, bei 25 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 19. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 76.749 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

12.357 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 59.112 als gesund entlassen, es gibt 6044 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 373 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 49 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 196 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3916 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1791 mit Sauerstoffunterstützung (+127 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: "Nicht erpressen lassen" – Baerbock gegen Betriebserlaubnis für Nord Stream 2

Die gescheiterte grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock spricht sich gegen die Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 aus. Moskau spiele ein "Pokerspiel", so die Grünen-Politikerin. Währenddessen zeigt sich der russische Botschafter in Berlin zuversichtlich.

In einem Gespräch mit Zeitungen der Funke Mediengruppe übte Baerbock am Mittwoch Kritik an Russland. Sie warf Moskau mit Blick auf die hohen Energiepreise ein "Pokerspiel" und "gehörig nach unten" gefahrene Gaslieferungen vor. "Wir dürfen uns nicht erpressen lassen", mahnte die Grünen-Chefin. Sie plädierte dafür, der Ostsee-Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 vorerst keine Betriebserlaubnis zu erteilen. Nach europäischem Energierecht müsse der Betreiber von Nord Stream 2 "ein anderer sein als derjenige, der das Gas durchleitet".

"Solange das ein und derselbe Konzern ist, darf die Betriebserlaubnis nicht erteilt werden." Ihr Kollege Robert Habeck hatte sich am Sonntagabend in der ARD-Sendung Bericht aus Berlin ähnlich geäußert:

"Wir sind abhängig von Russland, Russland drosselt die Gaszufuhr. Die Speicher sind nicht voll und die Nachfrage ist hoch. Noch die amtierende Bundesregierung sollte schnell mit Russland reden, dass sich das ändert."

Aus Sicht der Grünen, so Habeck, könne die Ostseepipeline Nord Stream 2 wegen der europäischen Vorgaben noch keine Genehmigung für den Betrieb bekommen.

"Russland scheint so eine Art Pokerspiel mit uns zu spielen. Aber das ist eine außenpolitische Frage, die die amtierende Regierung ja mindestens noch verhandeln kann."

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte dagegen kürzlich mit Blick auf die gestiegenen Gaspreise betont, es gebe eine hohe Versorgungssicherheit in Deutschland. Die Gasspeicher seien zu etwa 75 Prozent gefüllt. Es gebe bei Gasimporten keine einseitige Abhängigkeit von Russland, unterstrich Altmaier und verwies auf höhere Lieferungen aus Norwegen und Großbritannien.

Russischer Botschafter zuversichtlich bei Nord Stream 2

Der Russische Botschafter in Deutschland, Sergei Netschajew, erwartet nach eigenen Angaben, dass auch die kommende Bundesregierung an der Erdgas-Fernleitung Nord Stream 2 festhalten wird. "Das Projekt entspricht den Interessen der deutschen Wirtschaft und der Bevölkerung. Es garantiert die Energiesicherheit", sagte Netschajew der Berliner Zeitung am Mittwoch. Außerdem sei es ein Projekt mehrerer europäischer Länder. Erdgaslieferungen seien "kein politisches Druckmittel" für Russland, "sondern ein gutes Geschäft für alle Beteiligten", sagte Netschajew.

Dennoch schließt Russland eine neue Gaskrise in Europa auch in Zukunft nicht aus. Der für Energiefragen zuständige Vize-Regierungschef Alexander Nowak am Samstag im russischen Fernsehen:

"Ich schließe nicht aus, dass sich eine solche Situation wiederholt."

Er rief deshalb die Verantwortlichen in der EU zu Verhandlungen auf. "Wir sind zu einem Dialog bereit." Russland hatte weitere Lieferungen in Aussicht gestellt. Es gebe aber keine Anfragen dazu, meinte Nowak. Seinen Angaben zufolge fehlen in den europäischen Speichern rund 25 Millionen Kubikmeter Gas. "Dagegen sollte etwas unternommen werden." Russland hatte zuletzt mehrfach eine Verantwortung für die gestiegenen Preise zurückgewiesen.

Russland erfülle seine Vertragsverpflichtungen vollständig, sagte der Vize-Regierungschef.

Die Lieferungen an die Weltmärkte seien im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15 Prozent erhöht worden. Russland selbst habe 2021 so viel Gas verbraucht wie lange nicht mehr.

Nowak führte das auf den kalten Winter und die Erholung der Wirtschaft zurück.

Zuletzt hatte Staatschef Wladimir Putin für eine rasche Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 geworben, die Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland bringen soll. Die Lieferungen über diesen Weg würden zu einer Entspannung auf dem aufgeheizten

Gasmarkt führen. Die Pipeline ist zwar fertiggestellt, die Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden steht aber noch aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616fbf48fbef07294edf5e.jpg>

snanews.de: **Migration über Belarus: Seehofer will Sanktionen und stärkeren Grenzschutz**

Bundesinnenminister Horst Seehofer will bei der Sitzung des Bundeskabinetts an diesem Mittwoch in Berlin Vorschläge zum Umgang mit unerlaubten Einreisen über Belarus und Polen machen. Um 11.30 Uhr gibt Seehofer eine Pressekonferenz zum Thema Migration. Die Bundesregierung und auch die Regierungen in Lettland, Litauen und Polen beschuldigen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten und Flüchtlinge aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen.

Sanktionen gegen Fluggesellschaften

Nach einem Bericht des Nachrichtenportals „The Pioneer“ unterstützt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in diesem Zusammenhang Überlegungen zu europäischen Strafmaßnahmen gegen beteiligte Unternehmen. „Gegen alle Fluggesellschaften und sonstigen Unternehmen, die durch ihr Handeln die Instrumentalisierung irregulärer Migration durch das Regime in Belarus unterstützen, sind so schnell wie möglich EU-weite einschneidende Sanktionen zu verhängen“, heißt es demzufolge in einem Bericht des Bundesinnenministeriums an das Kabinett. Deutschland und andere EU-Staaten wollen angesichts der anhaltenden illegalen Migration über Belarus verstärkt gegen beteiligte Fluggesellschaften vorgehen.

Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Menschen nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen gegen Belarus. Seit August wurden im Osten Deutschlands nach Angaben des Bundesinnenministeriums rund 4500 illegale Einreisen festgestellt. Unter den Schutzsuchenden sind viele Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und dem Iran.

Gestärkter Grenzschutz

Seinem polnischen Amtskollegen Mariusz Kaminski hat Seehofer bereits gemeinsame Streifen an der deutsch-polnischen Grenze vorgeschlagen. Diese sollten „primär auf polnischem Hoheitsgebiet zum Einsatz kommen, selbstverständlich unter Leitung polnischer Grenzschutzangehöriger“, führte Seehofer in dem auf Montag datierten Schreiben aus. Da der Schutz der Grenze zu Belarus derzeit zu erheblichen Belastungen für den polnischen Grenzschutz führe, biete er an, dafür den Anteil von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei deutlich zu erhöhen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/14/4026994_0:184:2987:1864_1920x0_80_0_0_13a8c747f61987d6df8c2246d8bcabcc.jpg

nachmittags:

snnews.de: **Gespräche im „Moskauer Format“ mit Taliban begonnen**

In Moskau haben Verhandlungen des so genannten „Moskauer Formats“ zu Afghanistan begonnen. An den Beratungen nehmen Delegationen aus zehn Ländern der Region, der russische Außenminister Sergej Lawrow und die Delegation der derzeit in Afghanistan herrschenden radikal-islamistischen Organisation Taliban teil.

Die Delegation der Taliban wird vom Vizepremier Abdul Salam Hanafi angeführt. Auf der Agenda stehen die militär-politische Lage in Afghanistan nach dem Machtwechsel sowie humanitäre Kooperation und Kabinettsbildung. Obwohl die Taliban die Zusammensetzung der Regierung noch Anfang September bekannt gaben, sind viele Länder der Ansicht, dass sie entgegen den Versprechungen nicht alle ethno-konfessionellen und politischen Kräfte des Landes vertritt.

Das „Moskauer Format“ der Konsultationen zu Afghanistan wurde im April 2017 ins Leben gerufen. Es bringt elf Länder zusammen, die an der Regelung der Lage in Afghanistan interessiert sind. Dazu gehören Russland, Afghanistan, China, Pakistan, Iran, Indien, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan.

Moskau lädt traditionell die USA zu Treffen im Moskauer Format ein. Washington nahm aber nicht an allen Treffen teil. Auch diesmal kam kein US-Vertreter nach Moskau, was in Washington mit „logistischen Problemen“ entschuldigt wurde. Das letzte Treffen des Moskauer Formats fand im September 2018 statt. Das nunmehrige Treffen ist das dritte in Folge.

Die Taliban haben im August vor dem Hintergrund des US-Truppenabzugs aus Afghanistan die Macht ergriffen. Dies löste eine humanitäre, wirtschaftliche und politische Krise im Land aus. Die Nachbarstaaten leiden unter riesigem Zustrom von Flüchtlingen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/14/4028998_0:179:3007:1870_1920x0_80_0_0_eebaa9321521ab3d98996d708776d4be.jpg

de.rt.com: **Russische Jäger eskortieren US-Kampfflugzeuge über Schwarzem Meer**

Zwei russische Su-30-Kampfflugzeuge haben zwei B-1B-Bomber und zwei KC-135-Tankflugzeuge der US-Luftwaffe über dem Schwarzen Meer begleitet. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mit.

Das Verteidigungsministerium erklärte, dass die russische Luftraumüberwachung über den neutralen Gewässern des Schwarzen Meeres am 19. Oktober 2021 Luftziele entdeckt habe, die sich der russischen Staatsgrenze näherten. Zwei Su-30-Kampffjets der Marineflieger- und Luftverteidigungskräfte der russischen Schwarzmeerflotte wurden daraufhin in die Luft geschickt, um die Ziele zu identifizieren und Verletzungen der russischen Staatsgrenze zu verhindern.

Das Militär gab an, dass die Besatzungen der russischen Kampfflugzeuge die Luftziele als zwei strategische Überschallbomber B-1B der US-Luftwaffe in Begleitung von zwei KC-135-Tankflugzeugen identifizierten und sie über das Schwarze Meer eskortierten. Das Verteidigungsministerium betonte:

"Die russischen Flugzeuge flogen unter strikter Einhaltung der internationalen Luftraumvorschriften. Es gab keine Verletzung der Staatsgrenze der Russischen Föderation."

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, die russischen Jäger seien nach dem Abdrehen der US-Kampfflugzeuge von der russischen Staatsgrenze sicher zu ihrem Heimatflugplatz zurückgekehrt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616feafdb480cc754a57a447.jpg>

Telegram-Kanal des Außenministeriums der LVR: **Stellungnahme des Außenministers der LVR, des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego**

Wir haben die offizielle Information erhalten, dass die Ukraine wieder die Erörterung der Frage der unverzüglichen Freilassung und Rückkehr unseres Beobachters Andrej Kosjak sowie die Erarbeitung von Wegen zur Gewährleistung der Sicherheit der Vertreter der LVR und DVR im GZKK bei der Erfüllung der Aufgaben an der Kontaktlinie im Rahmen der Umsetzung der Funktionen des GZKK verweigert hat.

Die Verweigerung der Arbeit durch die Ukraine ist ein direkter Beweis der Schuld Kiews an der Verletzung seiner Sicherheitsgarantien und anderer Friedensvereinbarungen, für die Entführung und rechtswidrige Festhaltung eines Beobachters des GZKK der LVR. Unter Nutzung solcher de facto terroristischen Methoden hat die ukrainische Regierung schon „ohne Auslassungen“ ihr wahres Verhältnis zu einer Regelung gezeigt.

Dabei ist die Ukraine bei den Versuchen, ihre Sabotage zu rechtfertigen, offen zum Absurden übergegangen: Auf Grundlage dessen, dass unser Bürger Andrej Kosjak auch die russische Staatsbürgerschaft hat (wie noch weitere 600.000 Einwohner des Donbass, die durch die ukrainische Regierung aus dem Leben des Landes durch systematischen Beschuss und eine Wirtschaftsblockade herausgestrichen worden sind), reden sie davon, dass sie über sein Schicksal nur mit Russland sprechen wollen.

All dies ist eine Bestätigung der absolut destruktiven Positionen und der vollständigen Verhandlungsunfähigkeit der Kiewer Regierung, über die das wahre Gesicht der Ukraine sichtbar wird: Sabotage des Verhandlungsprozesses und die Verweigerung einer friedlichen Regelung des Konflikts.

So behindert Kiew trotz aller Wahlkampfversprechungen des derzeitigen Präsidenten der Ukraine bewusst und zielgerichtet eine friedliche Regelung.

snanews.de: **Saudisches Militärbündnis tötet Hunderte Huthi-Rebellen im Jemen**

Im Kampf um die strategisch wichtige Stadt Marib im Jemen hat das von Saudi-Arabien angeführte Militärbündnis nach eigenen Angaben in der vergangenen Woche 700 Huthi-Rebellen getötet. Allein am Dienstag seien fast 50 der vom Iran unterstützten Kämpfer bei Angriffen getötet worden, teilte die Koalition mit.

Das saudisch geführte Militärbündnis kämpft an der Seite der jemenitischen Regierung in dem Bürgerkrieg. Die Huthis wollen Marib einnehmen und rückten zuletzt immer weiter auf die Stadt vor. Marib ist die letzte Gegend im Norden, die noch in der Hand der Regierungstruppen ist. Die Region verfügt zudem über einen Großteil der Energieressourcen des Landes.

Mehr als 20 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen

Vor einer Woche ließ ein Huthi-Militärsprecher verlauten, die Rebellen hätten bei Angriffen bereits große Gebiete eingenommen und dabei 1300 Menschen getötet. Auf welchen Zeitraum sich die Opferzahl bezog, sagte er nicht. Die Huthis versuchen seit Februar in einer neuen Offensive die Stadt zu erobern. Damit wollen sie ihre Macht im Land festigen und die von ihnen beherrschten Gebiete im Norden mit Hilfe der Öl- und Gasvorkommen auch wirtschaftlich sichern.

Riad hatte 2015 mit arabischen Verbündeten einen Militäreinsatz gegen Jemens Huthi-Rebellen begonnen. Das sunnitische Königreich sieht in ihnen Verbündete seines schiitischen Erzfeindes Iran. Die Huthis kontrollieren große Teile im Norden des Landes, darunter die Hauptstadt Sanaa.

Der Konflikt im Jemen hat das ohnehin stark verarmte Land an den Rand einer Hungersnot gebracht. Mehr als 20 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sollten die Rebellen Marib einnehmen, dürfte sich die humanitäre Lage weiter verschlechtern. Im Großraum der Stadt leben nach UN-Angaben eine Million Vertriebene, denen durch die

Kämpfe eine erneute Flucht droht. Bemühungen für eine Lösung des Krieges blieben bislang weitestgehend erfolglos.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/14/4030177_0:155:2976:1829_1920x0_80_0_0_5c1180966204eac133bd0925eb2bd181.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Erklärung des Außenministerin der DVR, der bevollmächtigten Vertreterin der DVR bei den Minsker Verhandlungen Natalja Nikonorowa

Statt einer Freilassung Andrej Kosjaks verbreitet Kiew inadäquate Erklärungen. Heute hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal das vollständige Fehlen der Absicht und des politischen Willens bei der Lösung des militärischen Konflikts im Donbass gezeigt, indem sie sich ein weiteres Mal dem Vorschlag der Vertreter der LVR verweigert hat, eine außerplanmäßige Videokonferenz der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit der Kontaktgruppe verweigert hat, bei der geplant war, konkrete Schritte zur Freilassung des rechtswidrig von Kiew festgehaltenen Beobachter der LVR im GZKK erörtert werden sollten. Vor dem Hintergrund der Demonstration der äußersten Missachtung aller existierenden Vereinbarungen, des internationalen Rechts und der gesunden Logik durch Kiew hat sich heute der offizielle Telegram-Kanal der miesen „Verhandlungsteilnehmer“ mit in ihrer Dummheit und Absurdität phantastischen Publikationen gefüllt, dass das Außenministerium der RF endlich die Beteiligung von Bürgern Russlands am Konflikt im Donbass „zugegeben“ hat.

Wie bekannt ist, ist der Festgenommene ein Bürger der LVR, der sich entschlossen hat, die humanitäre Initiative der RF zu nutzen und die Staatsbürgerschaft der RF 2020 im vereinfachten Verfahren erhalten hat, wie viele Einwohner der Republiken. Falls für die Ukraine auf dieser Grundlage plötzlich alle, die dies getan haben, russische Truppen geworden sind, so ist die Frage nur die der Adäquatheit von Beamten, die so etwas erklären. Dabei ist in der Ukraine selbst eine enorme Zahl von Bürgern von Staaten aus West- und Osteuropa sowie der USA. Mehr noch, die BFU erhalten offen Militärhilfe aus diesen Ländern, führen gemeinsame Übungen durch. Ausgehend von der ukrainischen Logik, sind all diese Länder Seiten in dem militärischen Konflikt und in der von Kiew entfachten Aggression gegen den Donbass. Anders als Dummheit kann man dieses Herangehen nicht nennen. Nicht adäquater ist auch die Erklärung des Delegierten aus Kiew bei den Minsker Verhandlungen, Herrn Mereshko, dass Andrej Kosjak angeblich vorsätzlich von Russland geschickt wurde, damit er von Seiten der BFU gefangen genommen, verhört und gefoltert wurde, um einen Skandal mit der OSZE zu entfachen.

Falls die ukrainischen Regierungsvertreter tatsächlich so denken, rufen wir sie auf, den von ihnen entlarvten „hinterhältigen Plan“ zu sabotieren, indem sie unverzüglich den von ihnen

gefangen genommenen Vertreter des GZKK in die LVR zurückkehren lassen.

Die Festnahme Andrej Kosjaks ist eine präzedenzlose Wortbrüchigkeit, durch die die Ukraine sich ein weiteres Mal als unzuverlässige Seite nicht nur im Verhandlungsprozess, sondern auch im Regelungsprozess gezeigt hat.

Wir rechnen dennoch damit, dass die Vertreter der OSZE und die internationale Öffentlichkeit zu diesem Vorfall eine angemessenere Reaktion zeigen und eine der Situation adäquate Positionen entsprechend der grundlegenden Prinzipien der OSZE einnehmen werden, was eine schnellstmögliche Freilassung Andrej Kosjaks befördern wird.

snanews.de: „Sind nicht Afghanistan“: Verteidigungsminister der Ukraine über „Kampf gegen russische Aggression“

Um Partner der USA am Schwarzen Meer „zu beruhigen“, reiste US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erstmals nach dem Afghanistan-Debakel nach Kiew. Dort traf er seinen ukrainischen Amtskollegen Andrej Taran. Laut Medien kritisieren beide Verteidigungsminister Moskau scharf. Weiterhin erhält die Ukraine von Washington neue Waffen-Systeme. Zum ersten Mal nach Abzug der Truppen der USA aus Afghanistan hat US-Verteidigungsminister Lloyd Austin im Rahmen einer Europa-Reise die Ukraine und den dortigen Verteidigungsminister Andrej Taran besucht. Das berichtete am Dienstagabend europäischer Zeit das US-regierungsnahe Militär-Fachblatt „Defense News“.

Demnach „trafen sich Austin und andere Pentagon-Beamte mit ihren ukrainischen Amtskollegen, um die Sicherheit im umstrittenen Schwarzen Meer und die Umsetzung der Verteidigungsreformen der Ukraine zu besprechen, denen Austin und Taran bei ihrem Treffen in Washington im Sommer zugestimmt hatten“.

Außerdem äußerten sich in Kiew beide Minister zu angeblichen Voraussagen aus Russland, wonach das US-Militär bald auch aus der Ukraine „abziehen könnte“, ähnlich wie in Afghanistan geschehen.

„Ich werde die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine nicht mit dem Verhältnis zwischen den USA und Afghanistan vergleichen“, sagte Taran, Verteidigungsminister der Ukraine, auf einer Pressekonferenz im Zuge des bilateralen Treffens. Sein Land kämpfe für die eigene Unabhängigkeit und territoriale Integrität, erinnerte er.

„Wir haben keinen Zweifel an der Unterstützung durch unseren strategischen Partner“, betonte er die weiterhin freundlichen Beziehungen Kiews zu Washington.

Er sei davon überzeugt, dass die US-Regierung „unseren Kampf für Unabhängigkeit, zur Abschreckung der russischen Aggression unterstützt“, fügte Taran hinzu.

„US-Verbündete am Schwarzen Meer beruhigen“

US-Verteidigungsminister Austin wollte mit dem Besuch in Kiew „Verbündete der USA in der Schwarzmeer-Region beruhigen“, vor allem nach dem Fehlschlag in Afghanistan und der Taliban-Machtergreifung, so der Bericht.

Deshalb sprach Austin in Kiew auch von einer „unerschütterlichen Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“ durch die US-Regierung. Weiterhin betrachte er die russische Regierung „als ein Hindernis“ für Frieden in der Region. Danach traf er sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski.

„Wir fordern Russland auf, seine Besetzung der Krim zu beenden, den Krieg in der Ostukraine nicht weiter fortzuführen und seine destabilisierenden Aktivitäten entlang der ukrainischen Grenzen zu beenden, seine anhaltenden Cyberangriffe und anderen bösartigen Aktivitäten gegen die Vereinigten Staaten und ihre Partner einzustellen“, forderte der Pentagon-Chef und kritisierte dabei Moskau scharf.

„Defense News“ zufolge habe die US-Regierung der Ukraine weitere „Waffen sowie eine lange Liste von Anti-Korruptionsmaßnahmen und anderen Reformen gegeben“, die die ukrainische Regierung nun umsetzen solle.

Waffen und Militär-Wissen aus Washington für Kiew

Taran lobte „sichere Funkgeräte, Mörser-Gegenradare, bewaffnete Patrouillenboote für Operationen am Schwarzen Meer und weiteres US-amerikanisches Militär-Equipment“. Die Ukraine erhielt demnach am vergangenen Montag „ihre neueste Lieferung an Verteidigungshilfe aus den USA. Darunter Radar-Überwachungsgeräte, Präzisionsmunition und medizinische Versorgung.“ Das teilte das Verteidigungsministerium in Kiew mit. Berater aus dem US-Militär würden darüber hinaus ukrainischen Streitkräften dabei helfen, „Nato-Standards zu erreichen und teilen deshalb ihre eigenen Erfahrungen bei Kampfhandlungen gegen die Russische Föderation“, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/14/4031180_0:169:720:574_1920x0_80_0_0_d8957c90c1ea1973642f7f2b34192901.jpg

snanews.de: **Weißrussland schließt Generalkonsulat in New York**

Weißrusslands Generalkonsulat in New York hat ab heutigem Mittwoch auf Aufforderung Washingtons hin seine Arbeit eingestellt. Ein von Premierminister Roman Golowtschenko unterzeichnetes Dokument dazu ist auf dem nationalen Rechtsportal zu finden.

Der Zugang zum Generalkonsulat wurde am 15. Oktober geschlossen, seine Mitarbeiter haben die Annahme und Bearbeitung von per Post versandten Dokumenten und die telefonische Beratung ab 8. Oktober eingestellt. Bürger Weißrusslands, darunter diejenigen in Kanada, könnten sich ab 1. November an die weißrussische Botschaft in den USA wenden, hieß es. Über die Schließung der Niederlassung hat Minsk am 7. Oktober informiert.

Das Außenministerium in Minsk hat sein Bedauern über die Schließung der Niederlassung auf Initiative Washingtons geäußert. Dieser Schritt demonstriere „den tatsächlichen Sinn der Erklärungen der US-Seite über die ‚Unterstützung‘ und ‚Fürsorge‘ für das weißrussische Volk“.

Am 9. August haben die USA sektorale Sanktionen gegen Weißrussland verhängt - ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen. Die Maßnahmen betrafen einen der weltweit größten Hersteller von Kalidüngemitteln, „Belaruskali“. Nach Angaben des US-Finanzministeriums ist das Unternehmen „die Hauptquelle für Steuer- und Deviseneinnahmen des Lukaschenko-Regimes“. Insgesamt umfasst die Sanktionsliste 23 Bürger des Landes und 21 Unternehmen. Die USA haben ihr Dollarvermögen eingefroren und ihnen verboten, Geschäfte mit amerikanischen Staatsbürgern zu machen.

Anschließend forderte Minsk Washington dazu auf, die Zahl seiner Botschaftsmitarbeiter auf fünf Personen zu reduzieren. Weißrussland hat auch seine Zustimmung zur Ernennung von Julie Fisher zur US-Botschafterin im Land zurückgezogen.

Am 18. Oktober hat Frankreichs Botschafter Nicolas de Lacoste Weißrussland auf Aufforderung der Regierung in Minsk verlassen, weil Frankreich das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland vom 9. August 2020 nicht anerkennt und der Botschafter

kein Beglaubigungsschreiben an die Regierung in Minsk übergeben hatte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/12/3997693_0:0:3179:1788_1920x0_80_0_0_ea846175b1feceabce406cfdceebea2.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 20.10.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Spartak** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus haben sie das Feuer auf **Wesjoloje** eröffnet und 9 Mörsergeschosse abgefeuert.

Kämpfer der 25. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Sentschenko von den Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje aus zweimal das Gebiet von **Pantelejmonowka** mit Granatwerfern beschossen und 10 Granaten mit automatischen Granatwerfern und acht Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Indolge des Beschusses wurde in Werchnetorezkoje (nishneje) eine Gasleitung in der Krasnaja-Straße 76 und 76a beschädigt. Derzeit hat ein Teil der Ortschaft kein Gas.

Seit Beginn des heutigen Tages haben ukrainische Straftruppen den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik wieder aufgenommen. Von den Positionen der 54. Brigade im Gebiet von Krasnogorowka wurde **Staromichajlowka** mit Mörsern und Granatwerfern beschossen, insgesamt wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 35 Granaten mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgefeuert.

Die ukrainische Seite im GZKK hat ein weiteres Mal die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus ignoriert.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission, das Ergebnis der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer zu erfassen und von der Ukraine eine Einstellung des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik zu erreichen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **vier Schützenpanzerwagen der 93. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Mirnoje** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Die ukrainische Seite blockiert verletzt weiter das Mandat der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 128. Brigade durch Drohnen der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den

Gebieten von Wodjanoje und Lebendinskoje zu blockieren.

Die vom Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung von Verbrechen im Zusammenhang mit Diebstahl von Waffen, Munition und militärischem Material erbringen nicht das gewünschte Ergebnis.

Organisierte kriminelle Gruppen, die aus ukrainischen Kämpfern bestehen, erhalten stabile Einkünfte, indem sie rechtswidrig Waffen und Munition abschreiben und sie in der Folge weiterkaufen und in die Tiefe des Landes schicken.

So hat nach unseren Informationen der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Brishinskij am 18. Oktober eine außerplanmäßige Kontrolle auf den Positionen des 2. und 3. Bataillons im Gebiet von Granitnoje und Starognatowka organisiert, wo mehr als 10.000 zuvor abgeschriebene Geschosse für Schusswaffen verschiedenen Kalibers gefunden wurden, die zur gesetzwidrigen Ausfuhr und Verkauf vorgesehen waren.

Da er die Verantwortung fürchtete, beschloss Brishinskij, außerplanmäßige Übungen zur Schießausbildung durchzuführen, um die nicht erfassten Geschosse abzuschreiben.

Unter Nutzung der Begünstigung durch den korrumpierten Brigadekommandeur Kotlik haben geschäftstüchtige Offiziere der 10. Brigade, die sich auf den Abmarsch im Rahmen der Rotation vorbereiteten, einen Waffen- und Munitionshandel in der Zone der sogenannten OOS organisiert. Die Verstecke mit Waffen und Munition rüsten die Kämpfer oft in Ortschaften auf dem besetzten Territorium aus.

So entdeckten Mitarbeiter des SBU am 18. Oktober bei Suchmaßnahmen im Keller eines Wohnhauses am Rand von Nowgorodskoje ein weiteres Versteck mit Munition und Sprengstoff, das F-1-, RGD-5- und RGN-Granaten, Granatzünder und zehn Kilogramm Sprengstoff enthielt. Nach der Befragung der Hausbewohner wurde festgestellt, dass die Kellerräume, in denen das Versteck entdeckt worden war, mehrfach von Kämpfern der 10. Brigade besucht worden waren.

Inzwischen haben Mitarbeiter des SBU acht Kämpfer des 8. Bataillons festgenommen. Es erfolgt eine Ermittlung.

Das geringe Niveau der professionellen Ausbildung und der schlechte moralisch-psychische Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sowie die Tatsache, dass sich die Kommandeure der Einheiten ihren Pflichten entziehen, sind die Ursachen für die anhaltende **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste** in der OOS-Zone.

Im Gebiet von Nowomichajlowka erlitt auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade ein Kämpfer aus einer Drohnenmannschaft einer Aufklärungskompanie bei der Umrüstung einer Drohne des Typs „Phantom-4“ zu einer Kampfdrohne aufgrund seiner Unprofessionalität sowie aufgrund der fehlenden Kontrolle von Seiten der Funktionsträger eine verletzungsbedingte Amputation der rechten Hand und zahlreiche Splitterverletzungen infolge der Detonation einer selbstgebauten Sprengvorrichtung.

Und zum Abschluss will ich in meinem eigenen und im Namen des Kommandos der Volksmiliz der DVR den Soldaten der Volksmiliz der DVR, die in Kommunikationseinheiten sind, zum **Tag des Kommunikationssoldaten** gratulieren.

Von rechtzeitig übergebenen Informationen hängen oft Menschenschicksale ab. Deshalb ist für die Menschen in einen solch ehrenvoller und verantwortungsvoller Beruf – dem der militärischen Kommunikation – neben den anderen militärischen Feiertagen ein eigener Berufstag eingerichtet worden.

Ich wünsche starke Gesundheit und einen gefestigten moralischen Geist, überzeugende Kräfte und starke Energie, Aufmerksamkeit und Genauigkeit, Erfolge und Glück, große Siege über den Gegner und enorme Errungenschaften im Leben!

de.rt.com: **Putin kündigt wegen COVID-19-Lage in Russland neun arbeitsfreie Tage an**
Angesichts der kritischen COVID-19-Lage in Russland hat Staatschef Wladimir Putin vom 30. Oktober bis zum 7. November arbeitsfreie Tage im Land angekündigt. Alle Regionen

erweitern die Coronamaßnahmen. Putin ruft die Bürger erneut dazu auf, sich impfen zu lassen.

Wegen des dramatischen Anstiegs der Zahl der COVID-19-Fälle und testpositiven Toten in den vergangenen Tagen hat der russische Präsident Wladimir Putin während einer Videokonferenz mit Regierungsmitgliedern am Freitag arbeitsfreie Tage in Russland vom 30. Oktober bis zum 7. November bei vollem Lohnausgleich angekündigt. Bei Bedarf dürfen die Regionen dem Präsidenten zufolge die arbeitsfreie Zeit auch früher einführen oder verlängern. Tatjana Golikowa, die russische Vize-Ministerpräsidentin, hatte die Maßnahme am Dienstag vorgeschlagen. Die Politikerin betonte, die bisher geltenden Coronamaßnahmen seien für eine Verbesserung der Situation nicht ausreichend. Eine Einführung von QR-Codes für den Besuch öffentlicher Einrichtungen sei ebenfalls notwendig. Entsprechende QR-Codes werden nur an vollgeimpfte, genesene oder negativ getestete Personen vergeben.

Die einzelnen Regionen erweitern wegen der sich verschlechternden Lage ihre Coronamaßnahmen. In Moskau müssen unter anderem Arbeitgeber im Bereich Dienstleistungen 80 Prozent ihres Personals gegen COVID-19 impfen lassen.

Unterdessen rief Putin die Bevölkerung erneut dazu auf, sich impfen zu lassen. Man werde immun entweder durch eine Erkrankung oder durch eine Impfung und Letzteres sei besser. Außerdem forderte der russische Präsident die Verwandten von testpositiven Menschen auf, sich ebenfalls krank zu melden und zu Hause zu bleiben.

Aktuell sind in Russland weniger als 32 Prozent der Bevölkerung voll geimpft. Am Dienstag wurden im Land mehr als 34.000 neue Fälle gemeldet und 1.028 Menschen sind mit dem Virus gestorben. Dies ist die größte Zahl von testpositiven Toten an einem Tag seit dem Beginn der Pandemie.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617007a4b480cc759629a6e3.jpg>

Mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punktes des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk aus Richtung Lopaskino zielgerichtet mit Antipanzerlenkraketen ein **Rohr des Heizwerks in der Uliza Dekalowa** beschossen sowie Telefonausrüstung von „**Lugakom**“ in Slawjanoserbsk.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer von den Positionen in Krjakowka aus neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Snamenka** abgefeuert, dabei wurden Fassaden und Fensterverglasung von zwei Wohnhäusern in der Uliza Shukowa beschädigt....

snanews.de: **Schoigu: Nato stärkt Präsenz an Grenzen des Unionsstaates von Russland und Weißrussland**

Laut Sergej Schoigu, dem russischen Verteidigungsminister, ist die Nato dabei, ihre militärische Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der Grenzen des russisch-weißrussischen Unionsstaates auszubauen.

Auf einem Kollegium unter Beteiligung der Verteidigungsminister beider Länder am Mittwoch in Moskau sprach Schoigu von einer schwierigen militärpolitischen Lage. Nahe den Grenzen des Unionsstaates von Russland und Weißrussland würde die Präsenz der Nato-Truppen ausgebaut und die militärische Infrastruktur verbessert, hieß es. Es würden Bestände an Waffen sowie militärischer Ausrüstung angelegt und an Maßnahmen zur Truppenverlegung gearbeitet.

Schoigu stellte fest, dass die USA eine Panzerbrigade der Bodentruppen und vier multinationale taktische Bataillonsgruppen nach Polen und in die baltischen Länder verlegt hätten. Zudem seien Nato-Divisionen in Rumänien, Polen und Lettland gebildet worden. Die Zahl der Prioritätsstreitkräfte des Bündnisses habe sich von 25.000 auf 40.000 Soldaten fast verdoppelt.

„Washington stationiert die Raketenabwehrsysteme Aegis-Ashore-Komplexe in Rumänien und Polen. Dabei ermöglicht es die Vielseitigkeit ihrer Abschuss-Anlage, neben Abwehrraketen auch Tomahawk-Marschflugkörper und vielversprechende Angriffswaffen einzusetzen, die vom Pentagon entwickelt werden“, sagte der russische Verteidigungsminister. Darüber hinaus sei die Zahl der Flüge von Aufklärungs- und taktischen Flugzeugen der Nato-Staaten in den an Russland angrenzenden Regionen um 30 Prozent gestiegen, hieß es weiter. Generell sei „eine hohe Intensität der Einsatz- und Kampfausbildung“ zu beobachten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/06/3850911_0:36:3029:1740_1920x0_80_0_0_f8bfbd11bc57235741772931c33a6ca.jpg

snanews.de: **Kreml-Kritiker Nawalny erhält Sacharow-Preis des EU-Parlaments**

Der russische Kreml-Kritiker Alexej Nawalny, der seit Februar wegen Verletzung seiner Bewährungsstrafe in einer Arbeitskolonie sitzt, wird in diesem Jahr mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments ausgezeichnet. Das geht aus einer Mitteilung auf der Webseite des Europaparlaments hervor.

„Mit der Verleihung des Sacharow-Preises an Alexej Nawalny würdigen wir seine große persönliche Tapferkeit und bekräftigen die uneingeschränkte Unterstützung des Europäischen Parlaments für seine sofortige Freilassung“, heißt es in dem Text. Das Parlament bezeichnete Nawalny als „politischen Gefangenen“, als „Kämpfer gegen Korruption“ und als

„Hauptgegner des russischen Präsidenten Wladimir Putin“.

Der Preis soll am 15. Dezember in einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg verliehen werden. Unter den Kandidaten für den Sacharow-Preis waren dieses Jahr eine Gruppe afghanischer Frauen und die ehemalige Interimspräsidentin von Bolivien, Janine Añez.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Personen und Organisationen zu ehren, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. Er wurde zu Ehren des sowjetischen Physikers und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt und ist mit 50.000 Euro dotiert.

Der Preisträger 2020 war die Opposition in Weißrussland, 2019 war es der uigurische Menschenrechtsaktivist Ilham Tohti und 2018 - der ukrainische Filmemacher Oleg Senzow.

Nawalny und seine Organisationen

Anfang Juni hatte das Moskauer Stadtgericht die Organisationen Nawalnys, die damals bereits als ausländischer Agent galten, als extremistisch eingestuft und ihre Abschaffung angeordnet.

Der Kreml-Kritiker, dessen frühere Bewährungsstrafe wegen Unterschlagung von Geldmitteln des Unternehmens Yves Rocher durch eine reale Freiheitsstrafe ersetzt wurde, sitzt seit Februar in einer Arbeitskolonie ein. Grund dafür ist, dass Nawalny gegen die Auflagen für seine Bewährungsstrafe verstoßen hatte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/05/06/1992783_0:144:3130:1905_1920x0_80_0_0_6a822cee1e8298d23fa25dafa9c69360.jpg